

# Grüner Rundbrief

Mitgliederzeitschrift für Karlsruhe, August-September 2008



[www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de)

Liebe Freundinnen und Freunde, wer Visionen hat, der soll zum Arzt – so der ehemalige Bundeskanzler Schmidt in einem bekannten Zitat. Und genauso erlebte ich in meiner Jugend Politik und sprach von den „Altparteien“ – und trat 1988 den GRÜNEN bei – die damals ganz anders waren als alle anderen Parteien. Weil die GRÜNEN für mich eine Partei war, die nicht nur Visionen hatte, sondern diese, statt von Herrn Schmidts Arzt behandeln zu lassen, tatsächlich versuchte zu verwirklichen.

Und heute? Heute bin ich in einer Partei, die es nicht mehr wagt, Visionen zu äußern – und viele derer, die in der Öffentlichkeit für diese Partei stehen, auch aktiv daran arbeiten, dass Visionen noch nicht einmal gedacht werden sollen. Wenn wir heute Visionen, Utopien, Träumen reden, dann machen wir selbst die Schere im Kopf zu: ist das finanzierbar – ist das umsetzbar – wie wirkt sich das auf die Umfrageergebnisse aus – sind wir damit noch koalitionsfähig.... Das ist nicht nur traurig, sondern sogar kontraproduktiv. Denn wir sind gewachsen, größer geworden, in dem wir Utopien und Ziele genannt haben, die anderen unerreichbar erschienen. Heute sind wir so vorsichtig, dass wir manche unserer Ziele nachbessern müssen, weil sie schneller erreicht werden, als wir uns getraut haben, uns zu wünschen. Das heißt nicht, dass wir uns keine Gedanken zur Finanzierbarkeit oder Umsetzungsfähigkeit stellen sollten – aber ich finde, wir sollten diese stellen, um Ziele zu

erreichen – und nicht, um Gedanken nicht mehr zu denken.

Liebe Freundinnen und Freunde – 3 wichtige Wahlen stehen an im nächsten Jahr. Für die Bundestagswahl haben wir mit Sylvia eine starke Kandidatin, lt. Herrn Schmidt sehr an Visionen erkrankt und mit einer realen Chance auf ein erneutes Bundestagsmandat. Auf die EuropawahlkandidatIn haben wir relativ geringen Einfluss – nun, das ist eine Baustelle für die Zukunft. Europa braucht Visionen, sonst erstickt es an Bürokratie und der Stärke derjenigen, deren erstes Ziel die Gewinnmaximierung ist und bleibt. Für beide bundesweit relevanten Wahlen benötigen wir tatkräftige Hilfe im Wahlkampfteam, auf Veranstaltungen, an Infoständen. Hier seid ihr gefordert, als aktive Mitglieder, Eure Partei zu vertreten und auch den politischen Diskurs zu suchen. Dazu kommt im nächsten Jahr die Kommunalwahl. Wir haben eine Reihe von Listen zu füllen, dazu Mandate in den Ortschaftsräten zu gewinnen und natürlich ein sehr gutes Ergebnis der letzten Wahl zu verteidigen, oder vielleicht sogar zu verbessern. Wir sind gut aufgestellt – aber natürlich sind wir angewiesen auf visionskranke Menschen, für die Mandate nicht nur Treppenstufen auf dem Weg wohin auch immer sind, sondern eine echte Aufgabe, der sie sich mit Leidenschaft und Professionalität widmen möchten. Damit eine basisdemokratische, soziale, ökologische und gewaltfreie Politik weiter der Motor von wichtigen Veränderungen bleibt.

## Inhalt

Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	2
Termine	2 / 3
Kommunalwahl Karlsruhe 2009	4

### Aus der Gemeinderatsfraktion:

• Neue Anträge	5
• Neue Anfragen	5
• Pressemitteilungen	6
• Nachlese	7

### Aus der Landtagsfraktion:

• Grüne Radtour in der Region	9
• Abgabe von Heroinersatz	9
• BLB-Erweiterung	10
• Zusammenarbeit mit Burundi	10
• Nutzung des Wildparkstadions	11
• Fleischwerk, Kohlekraftwerk	11
• Weitere Initiativen	12
• Pressemitteilungen	12

### Aus der Bundestagsfraktion:

• Uran-Trinkwassergefährdung	13
• Zwischenlager Obrigheim	13
• Zum Atomlager Asse II	14
• Zu den CDU Umweltrichtlinien	14
• Umweltpolitik der Regierung	15
• Räume ohne Mobilfunk-Strahlung ermöglichen	15

Kontakte	16
----------	----

Der Herbst wartet mit vielen Terminen auf uns, das nächste Jahr mit viel Arbeit. Vorstand, Fraktionen, Mandats- und Amtsträger gemeinsam wollen mit Euch nächstes Jahr auf die erste Hälfte eines erfolgreichen Jahres zurückblicken. Das bedarf neben der großen Politik auch dem Engagement aller – zumindest so vieler wie möglich. Ihr seid eingeladen.

Jörg Rupp

# Protokoll der Mitgliederversammlung am 9.7.2008

Ort: Vicoriagarten Karlsruhe

Leitung: Tanja Kluth

Protokoll: Anke Weidlich

## TOP 1

### Bericht aus dem Gemeinderat

wurde aufgrund der vollen Tagesordnung hinten angestellt und entfiel später ganz.

## TOP 2

### Nominierung BundestagskandidatIn

Sylvia Kotting-Uhl stellte sich als einzige Bewerberin zur Bundestagskandidatin des Kreisverbands in einer Rede vor. Sie ging vor allem auf ihre bisherige Arbeit als umweltpolitische Sprecherin ein, da sie diese gern in einer weiteren Legislaturperiode fortsetzen möchte. Mehr zur Rede findet sich im Internet (Link auf der Startseite folgen).

In der anschließenden Wahl wurde Sylvia mit 100% der abgegebenen Stimmen als Kandidatin gewählt. Wir wünschen ihr für die Listenaufstellung auf der nächsten LDK alles Gute und viel Erfolg!

## TOP 3

### Vorschlag einer Geschäftsordnung für Mitgliederversammlungen

Der TOP wurde auf die nachfolgende MV verschoben, da hierzu noch kein ausformulierter Vorschlag vorliegt.

## TOP 4

### Satzungsänderung: Erhöhung des verfügbaren Budgets des Vorstands

Aufgrund allgemeiner Preissteigerungen und da die letzte Festlegung über den Geldbetrag, über den der Vorstand ohne Beschluss der MV verfügen darf, schon länger her ist, beantragte der Kreisvorstand eine Erhöhung des Verfügungsrahmens für Ausgaben von bisher 150,- EUR auf 250,- EUR. Die soll die kurzfristige Handlungsfähigkeit des Kreisverbands verbessern. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit genehmigt.

## TOP 5

### Rechenschaftsbericht 2007, Entlastung des Vorstands

Am 3. Juni 2008 ist in den Räumen der Geschäftsstelle die Kas-

senprüfung für 2007 durchgeführt worden. Kassenprüfer waren Johannes Honné und Sigfrid Knapp, mit anwesend waren der ehemalige Kassierer Thomas Krause und die derzeitige KassiererIn Anke Weidlich. Sigfrid berichtete über den Verlauf der Prüfung, in dem es im Wesentlichen keine Punkte zu beanstanden gab. Er stellt den Antrag, den Vorstand 2007 finanziell zu entlasten. Dieser wird mit großer Mehrheit angenommen.

## TOP 6

### Haushaltsplan 2008 und mittelfristige Finanzplanung

Die KassiererIn stellt den Soll-/Ist-Vergleich von 2007 sowie den Haushaltsplan 2008 und die Planung für 2009-2011 vor. Im Jahr 2007 konnte das geplante Ergebnis übertroffen werden. Die Planung für die kommenden Jahre berücksichtigt die Ausgaben für Wahlkämpfe. Der Haushaltsplan bzw. die mittelfristige Finanzplanung wird mit großer Mehrheit beschlossen.

## Landesdelegiertenkonferenz

Die kommende LDK findet am

*Samstag 11./Sonntag 12.10.08 in Schwäbisch Gmünd*

statt. Auf dem Programm steht u.a. die Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 09. Der Kreisverband Karlsruhe kann sechs Delegierte nominieren, die auf der September-MV am 10.9. gewählt werden. Falls ihr Interesse habt, aber nicht zur MV kommen könnt: bitte schickt eine kurze schriftliche Bewerbung an [kv.karlsruhe@gruene.de](mailto:kv.karlsruhe@gruene.de)

## Nein zum Krieg

Mahnwache und Kundgebung des Friedensbündnis Karlsruhe und DGB Mittelbaden zum Internationalen Antikriegstag

*Montag, 1.9.08 ab 17 Uhr, Marktplatz*

Jeden 2. Mittwoch im Monat um 20 Uhr im Viktoriagarten, Viktoriastraße 7

## Mitgliederversammlung am Mittwoch, 10. September

Tagesordnung u.a.:

- Bericht aus dem Gemeinderat
- Wahl der Delegierten für die LDK am 11./12.10.08
- Vorschlag einer Geschäftsordnung für Mitgliederversammlungen

*Vom 15. bis 19.09.2008 findet in Karlsruhe der*

## Deutsche Naturschutztag

 statt.

Am 17.09.08 unternimmt die LAG Ökologie zusammen mit den naturschutzpolitischen Sprecherinnen von Land und Bund, Gisela Splett MdL und Undine Kurth MdB, eine Exkursion zu verschiedenen naturschutzrelevanten Punkten in und um Karlsruhe.

Wer Interesse an einer Teilnahme hat, meldet sich bitte im Büro Gisela Splett unter

[gisela.splett@gruene.landtag-bw.de](mailto:gisela.splett@gruene.landtag-bw.de) bzw. 0711-2063-966.

## U 33 in die Räte!

Seminar der Grünen Jugend und Kommunalpolitischen Vereinigung GAR für alle unter 33, die sich eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 09 vorstellen können. Infos und Anmeldung bei Michael Joukov: [michael.joukov@gruene.de](mailto:michael.joukov@gruene.de) oder 0731/1658066

*Samstag 20./Sonntag 21.9.08, Stuttgart*

## Oktober-MV am Mittwoch, 8.10.08 um 20 Uhr im Viktoriagarten

Tagesordnung u.a.:

- Abstimmung über Wahlmodus und Wahlverfahren für die Listenaufstellung zur Kommunalwahl 09
- Fahrplan zum Erstellen des Wahlprogramms

## Stühle frei für Frauen!

3. Landestreffen von KommunalpolitikerInnen und an Kommunalpolitik interessierten Frauen

Infos und Anmeldung unter [www.landesfrauenrat-bw.de](http://www.landesfrauenrat-bw.de)

*Samstag, 11.10.08, 10 – 15.30 Uhr, Haus des Landtags, Stuttgart*

## KommunalFrauenForum der Karlsruher GRÜNEN

Für KandidatInnen und Interessierte: Infos zur Arbeit im Gemeinderat, Austausch über frauenpolitische Themen und Strategien zur Kommunalwahl

*Zum Vormerken: Dienstag, 14.10.08, Zeit und Ort folgen noch*

# Kommunalwahl Karlsruhe 2009

**Am 7. Juni 2009 findet in Karlsruhe die Wahl zum Gemeinderat statt, für die wir ein starkes Team an Kandidierenden sowie Helferinnen und Helfern brauchen.**

Unsere beiden Ziele bei der Kommunalwahl sind zum einen ein tolles Wahlergebnis, das die hohe Qualität und das Engagement der derzeitigen Gemeinderatsfraktion würdigt, und zum anderen ein schlagkräftiges Team, das als neue Grüne Fraktion mit Herz und Verstand Grüne Ideen für Karlsruhe verwirklicht, und in dem idealerweise ebenso viele *Frauen* wie *Männer*, ebenso viele *neue* wie *erfahrene*, *jüngere* wie *ältere*, *rationale* wie *emotionale* und allesamt *kompetente* und *vielseitig interessierte* Mitglieder vertreten sind.

Der Fahrplan der ersten Schritte in Richtung Kommunalwahlkampf sieht wie folgt aus:

**MV am 8.10.2008**

Beschluss über den *Wahlmodus*. Der Vorstand wird im Oktober-Rundbrief einen Vorschlag hierzu machen,

der prinzipiell dem Verfahren entspricht, wie es bisher gehandhabt wurde (u.a. Frauen- und offene Plätze im Reißverschlussverfahren, Blockwahlen ab Platz 13). Wer abweichende Vorschläge zum Wahlverfahren hat, möge diese am besten kurz schriftlich darstellen und begründen, sodass wir sie ebenfalls im Rundbrief berücksichtigen können. Es muss sich auf der Oktober-MV auch darüber verständigt werden, wie bei der Erstellung des *Wahlprogramms* vorgegangen wird.

**Dienstag, 14.10.2008**

Wir möchten vor allem viele Frauen ermutigen zu überlegen, ob sie bei der Kommunalwahl – generell oder insb. auf einem der vorderen Plätze – kandidieren wollen. Im Rahmen des **KommunalFrauenForums** (früher Frauenratschlag) gibt es für Kandidatinnen und interessierte Grüne Frauen die Möglichkeit, sich über die Arbeit im Gemeinderat, über Strategien zur Wahl oder über frauenpolitische Themen auszutauschen. In diesem Zusammenhang noch der Hinweis auf einen weiteren inter-

essanten Termin: am Samstag, den 11.10.2008 veranstaltet der Landesfrauenrat Baden-Württemberg unter dem Motto „*Stühle frei für Frauen*“ ein Landestreffen von Kommunalpolitikerinnen und an Kommunalpolitik interessierten Frauen in Baden-Württemberg.

**MV am 19.11.2008**

*Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten*

**MV am 10.12.2008**

Gründung einer *Wahlkampfkommission*, evtl. Initiative zur Gründung eines UnterstützerInnen-Kreises

Wir möchten alle dazu aufrufen, gemeinsam für ein starkes Grünes Ergebnis und eine starke Grüne Fraktion zu kämpfen. Wenn ihr noch Grüne Mitglieder oder auch weitere SympathisantInnen kennt, die ihr für geeignet haltet, für die Grünen in den Gemeinderat zu gehen, freuen wir uns über Tipps. Meldet euch doch bitte beim Kreisvorstand (kv.karlsruhe@gruene.de). Auf geht's!

*Für den Vorstand: Anke Weidlich*

Partei	Ergebnis 2004	Sitze 2004	Sitze 1999
CDU	37,2 %	19	22
SPD	23,8 %	12	12
<b>B90/Grüne</b>	<b>16,6 %</b>	<b>8</b>	<b>5</b>
FDP/A	9,6 %	4	5
KAL	7,1 %	3	3
BüKa / ÖDP	3,0 %	1	0
PDS	2,6 %	1	1



Ergebnisse der letzten beiden Gemeinderatswahlen in Karlsruhe. Und 2009?  
(Quelle: <http://www.karlsruhe.de/rathaus/gemeinderat/wahlergebnis04.de>)

## Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

### Neue Anträge

Auch während der sitzungsfreien Zeit und des Urlaubs einzelner GemeinderätInnen geht die Arbeit in der Gemeinderatsfraktion weiter:

Wir melden uns zu aktuellen Themen zu Wort, beantworten BürgerInnenbriefe, recherchieren „Liegegebliches“ – und die StadträtInnen, die jeweils nicht im Urlaub sind, bereiten bereits die nächsten Sitzungen im September vor:

Wir haben in den letzten Wochen folgende Anträge zur Entscheidung in der ersten Sitzung des Gemeinderates nach der Sommerpause am 23. September 2008 gestellt:

25. Juli 2008

#### [Leitlinien gegen Kinderarmut](#)

Wir beantragen die Erarbeitung von Leitlinien gegen Armut und Benachteiligung mit Umsetzungsvorschlägen und zeitlicher Planung als eine grundlegende allgemeine Positionierung zur kommunalen Bekämpfung der Kinderarmut in unserer Stadt.

Die soll analog wie die bereits vorliegenden Integrationsleitlinien für Menschen mit Migrationshintergrund oder für Menschen mit Behinderungen durchgeführt werden. Außerdem sollen die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung der Leitlinien gegen Kinderarmut materiell, personell, sozial sowie kulturell bereitgestellt werden. Kinderarmut trifft Menschen am Beginn ihres Lebens und beeinflusst und stigmatisiert sie auf vielfältige Weise.

24. Juli 2008

#### [Schulsozialarbeit](#)

Von Seiten der Stadt Karlsruhe und der Schulämter werden im Rahmen der Schulsozialarbeit eine Reihe von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Schülerinnen und Schüler gemacht. Wir möchten, dass diese im Haushaltsplan der Stadt einzeln dargestellt und im Lauf der nächsten Zeit gesteigert werden. Daher soll in den Haushaltsentwurf 2009/2010 für

den Teilhaushalt 5000 „Soziales und Jugend“ der Bereich „Schulsozialarbeit“ als Produktgruppe 3620 (allgemeine Förderung junger Menschen) etabliert werden und daraus abgeleitet die neuen folgenden Kennzahlen eingerichtet werden.

- Versorgungsdichte – Anzahl Schüler/innen je Schulsozialarbeiter, aufgeschlüsselt nach Grund-, Hauptschulen
- Anteil der Kosten für Schulsozialarbeit an den Gesamtkosten der Jugendhilfe
- Kosten der Schulsozialberatung je Schüler/in
- Anteil von Schulschwierigkeiten, Leistungsstörungen, Verhaltensstörungen aufgeschlüsselt nach Grund-, Hauptschulen.

Weitere Anträge, z.B. zur Veränderung der Struktur der Forstbetriebe in Baden-Württemberg sind noch in Arbeit.

### Neue Anfragen

Außerdem wurden aus den Reihen der GRÜNEN Fraktion die folgenden Anfragen an die Verwaltung gestellt:

6. August 2008

#### [Fachgutachten zur „Unteren Hub“](#)

Die Mehrheit des Karlsruher Gemeinderates hat sich bereits mehrfach gegen eine Gewerbegebietsausweisung im Bereich der ‚Unteren Hub‘ zwischen Durlach und Hagsfeld ausgesprochen, weil zu erwarten ist, dass dann die Erholungsnutzung und das Stadtklima stark beeinträchtigt würden. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Gutachten erstellt, über deren Inhalt die Öffentlichkeit jedoch nur teilweise informiert wurde. Die aktuelle Diskussion um einen neuen Standort für das KSC-Stadion bezieht auch die ‚Untere Hub‘ als möglichen Standort für einen Stadionneubau mit ein. In diesem Zusammenhang sind die vollständigen Ergebnisse der o. g. Gutachten aktuell von großem Interesse für Kommunalpolitik und Öffentlichkeit. Daher fragen wir explizit nach,

welche Auswirkungen eine Nutzung der „Unteren Hub“ als Gewerbegebiet hätte:  
auf Flora und Fauna

- a.auf das Landschaftsbild
- b.auf die Erholungsnutzung
- c.auf das Stadtklima
- d.auf den Wasserhaushalt

5. August 2008

#### [Kosten der Kombi-Lösung](#)

Ein städtebaulicher Dauerbrenner ist das Thema Kombi-Lösung und deren Kosten.

„Die Kombi-Lösung nähert sich der Realisierungsphase, und die Verantwortlichen schweigen sich über mögliche Kostensteigerungen aus!“ stellen die GRÜNEN Stadträte Bettina Lisbach und Tim Wirth in einer Pressemitteilung fest. Insbesondere angesichts des drohenden Sparhaushaltes und anderer städtischer Großprojekte, wie etwa dem neuen Stadion für den KSC, sei es an der Zeit, aktualisierte und umfassende Zahlen zum Kostenrahmen für den Straßen-

bahntunnel und den Umbau der Kriegsstraße vorzulegen. Dazu zählen für uns auch solche Aufwendungen, die außerhalb der für den Bau der Kombi-Lösung zuständigen KASIG in anderen städtischen Ämtern und Gesellschaften anfallen. Viele Positionen, wie etwa der Bau einer Umleitungsstrecke für den Stadtbahnverkehr oder aber die gegebenenfalls erforderliche Umrüstung von Straßenbahnen für den Tunnelbetrieb, werden bislang außen vor gelassen, wenn es um einen realistischen Kostenrahmen für das Leib- und-Magen-Projekt des Oberbürgermeisters geht. Hinzu kommen wahrscheinliche Kostensteigerungen durch gestiegene Energie- und Rohstoffpreise, wie sie für andere Projekte selbstverständlich angenommen werden bzw. bereits Realität sind. Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion möchte wissen, ob die Stadtverwaltung ein Jahr vor dem geplanten Baubeginn über aktuelle Kostenschätzungen zur Kombi-Lösung verfügt und wie hoch diese lauten.

## Pressemitteilungen

Pressemitteilungen gab es außer zu unseren aktuellen Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen:

9. Juli 2008: [GRÜNE zum Stadion: Erneute Standortdiskussion zeugt von Realitätsferne](#)

Wir favorisieren nach wie vor einen moderaten Um- bzw. Neubau mit einem auf ca. 21 Mio. begrenzten Einsatz städtischer Mittel am alten Standort im Wildpark. „Alle drei jetzt dem Gemeinderat vorgelegten Varianten sind zu teuer. In Anbetracht der städtischen Haushaltslage ist ein weiteres Großprojekt in einer Größenordnung zwischen 60 bis 70 Millionen plus etwa 20 Millionen Nebenkosten und jährlichen Betriebskosten von 2 bis 4 Millionen Euro gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu verantworten“, ist Fraktionssprecherin Bettina Lisbach überzeugt.

Die Lösung liegt auch nicht in einem anderen Standort: Eine Bebauung der ‚Unteren Hub‘ ist aus stadtklimatischen Gründen und wegen ihrer Naherholungsfunktion völlig indiskutabel; und das derzeit von Kleingärtnern und der Bundesbahn genutzte Gelände am Gleisdreieck kann nicht ohne Weiteres umgenutzt werden.

Außerdem entstünden an jedem Neubau-Standort gegenüber dem Wildpark erhebliche Mehrkosten für Grunderwerb, Infrastruktur und einen Ersatz der bestehenden Haupttribüne.

Statt hochfliegender Träume muss nach unserer Ansicht dringend nach einer pragmatischen und finanzierbaren Lösung gesucht werden. Das setzt auch voraus, dass sich der KSC ernsthaft darum bemüht, zumindest Anteile der Investitionssumme aufzubringen.

Entsprechend dieser Position haben wir in der Juli-Sitzung des Gemeinderates gegen den vom OB vorgelegten Doppelbeschluss zur erneuten Prüfung weiterer Standorte und gleichzeitiger Weiterplanung im Wildpark gestimmt.

4. Juli 2008: [GRÜNE zum Fleischwerk: Fakten sprechen klar dagegen](#)

Wir freuen uns, dass sich der Karlsruher Gemeinderat auf Antrag der Verwaltung unserer skeptischen Po-

sition angeschlossen und Mitte Juli entschieden hat, dass im Regionalverband ein Zielabweichungsverfahren eingeleitet wird, um die großflächigen Veränderungen, die der Bau des Fleischwerkes mit sich bringen würde, im Vorfeld gutachterlich untersuchen und einschätzen zu können.

Wir haben uns als erste Fraktion klar gegen den Bau des Fleischwerkes ausgesprochen, denn aus unserer Sicht sprechen die bisher bekannten Fakten eindeutig gegen das Gemeinwohl:

1. Die Erholungsqualität eines der wichtigsten Naherholungsgebiete im Südwesten von Karlsruhe wird massiv beeinträchtigt. Durch das geplante riesige Gebäude mit Werksgelände würde das Landschaftsbild auf Dauer gestört.
2. Der zu erwartende Mehrverkehr von täglich etwa 1.200 Lkw- und Pkw-Fahrten wird bis in die Nacht zu enormen zusätzlichen Lärmbelastungen führen.
3. Hinzu kommen Geruchsbelastungen in der Umgebung des Fleischwerkes selbst, aber auch über die Abwasserleitungen, welche über lange Strecken auf Karlsruher Gemarkung verlaufen werden.

„Wenn der Karlsruher Gemeinderat das Vorhaben klar ablehnt, wird es sich kaum durchsetzen zu lassen“, ist sich die GRÜNE Gemeinderatsfraktion sicher. „Deshalb ist es wichtig, dass die großen Fraktionen in der Karlsruher Kommunalpolitik jetzt ohne Umschweife Stellung gegen das geplante Fleischwerk beziehen.“

29. Juli 2008: [GRÜNE zum Aus für das Heroinmodellprojekt: AWO-Ambulanz ist als Überlebens- und Ausstiegshilfe unverzichtbar](#)

Nachdem der Bund bereits im Winter erklärt hatte, das Modellprojekt nicht weiter finanzieren zu wollen, hat Sozialbürgermeister Denecken die Öffentlichkeit mit der Nachricht schockiert, dass die Stadt sich nun ihrerseits auch aus der Bezuschussung zurückziehen wolle, weil der nun fehlende Betrag von ca. 60.000 € im Haushalt nicht aufzubringen sei.

Für die GRÜNEN GemeinderätInnen sowie unsere Abgeordneten in Bundestag und Landtag ist es unvorstellbar, dass die hilfebedürftigen Abhängigen am Ende dieses Jahres im Stich gelassen werden sollen. Sie kündigen deshalb an, sich für eine Lösung einzusetzen durch die das Projekt weiterhin gesichert wird. Es sei, so die GRÜNEN MandatsträgerInnen, auch ein Irrglaube, die Therapie nicht mehr finanzieren zu können, denn die sozialen und gesundheitlichen Folgekosten einer unterlassenen Therapie seien allemal teurer als die Hilfeangebote.

Scharfe Kritik üben die GRÜNEN Abgeordneten Kottling-Uhl, Rastätter und Splett an der baden-württembergischen Landesregierung, sowie der CDU-Fraktion im Landtag und auch an der Bundesregierung und der CDU-Fraktion im Bundestag: „Diese unsägliche Blockadepolitik gegen jede Vernunft und wissenschaftliche Erkenntnisse hat letztlich zu dieser schwierigen Situation in Karlsruhe und den anderen am Modellversuch beteiligten Städten geführt. Dabei liegen inzwischen genügend wissenschaftliche Erfahrungen vor, die belegen, dass für eine kleine Gruppe von Heroinabhängigen nur eine heroingestützte Therapie einen Weg aus der Verelendung und Beschaffungskriminalität bietet.“

Im Vorfeld der Haushaltsberatungen werden von Seiten der Verwaltung mittlerweile einseitige und unausgewogene Vorgaben gemacht, die wir ablehnen und bekämpfen werden.

29. Juli 2008: [GRÜNE kündigen Widerstand gegen Mergens Sparpolitik an](#)

Eine klare Absage erteilt die GRÜNE Gemeinderatsfraktion den von Bürgermeisterin Margret Mergen angekündigten pauschalen Kürzungsvorgaben um 10 % im nächsten Doppelhaushalt für 2009/2010. „Sparvorgaben in dieser Höhe sind völlig unrealistisch. Vor allem aber stört uns, dass hier planlos und ohne Konzept gespart werden soll“ kommentiert Fraktionssprecherin Bettina Lisbach die Vorgaben der Finanzdezernentin. „Das trifft dann vielfach die Falschen und erzeugt insbesondere im Sozial-

und auch im Umweltbereich langfristig Mehrkosten für zukünftige Haushalte“. Wir wollen uns bei den anstehenden Haushaltsberatungen für einen sozial- und umweltpolitisch ambitionierten Doppelhaushalt einsetzen. All das sind Investitionen in die Zukunft, die zum sozialen Frieden in unserer Stadt beitragen und sich langfristig rechnen. Im Umwelt- und Klimaschutz sehen wir ebenfalls keinen Spielraum für pauschale Sparvorgaben. „Die Umsetzung des zur Zeit in Arbeit befindlichen Klimaschutzkonzeptes und auch das geplante Energie-Kompetenzzentrum werden Geld kosten. Hier müssen wir im nächsten Doppelhaushalt zusätzlich Geld einstel-

len, anstatt bisherige Haushaltansätze pauschal zu kappen.“ Als „völlig kontraproduktiv“ stufen wir geplante Kürzungen bei der Mehrzahl der freiwilligen Leistungen ein, von denen vor allem Vereine und Institutionen in den Bereichen Kultur, Soziales und Umwelt betroffen wären. „Hier wird sehr viel Arbeit von Ehrenamtlichen geleistet. Wenn die ohnehin oft knappen städtischen Zuschüsse in großem Umfang wegfallen, können viele Angebote nicht mehr aufrecht erhalten werden. Damit schneidet sich eine Kommune ins eigene Fleisch.“

Potential für größere Einsparungen sehen wir dagegen bei den geplanten

Großprojekten. In Anbetracht gestiegener Baukosten und knapper Kassen ist es höchste Zeit, die Finanzierbarkeit der U-Strab in Frage zu stellen (siehe unsere Anfrage für die September-Sitzung des Gemeinderates). Auch die von der Gemeinderatsmehrheit beschlossenen Investitionen für das KSC-Stadion in Höhe von bis zu 90 Millionen halten wir in Anbetracht der Haushaltssituation für zu hoch gegriffen. Dieses Geld fehle für dringendere Projekte und kommunale Kernaufgaben an anderer Stelle (siehe oben zu unserer entsprechenden Pressemitteilung und dem Abstimmungsverhalten bei der Juli-Sitzung des Gemeinderates).

## Grüne Nachlese

### Fraktion vor Ort

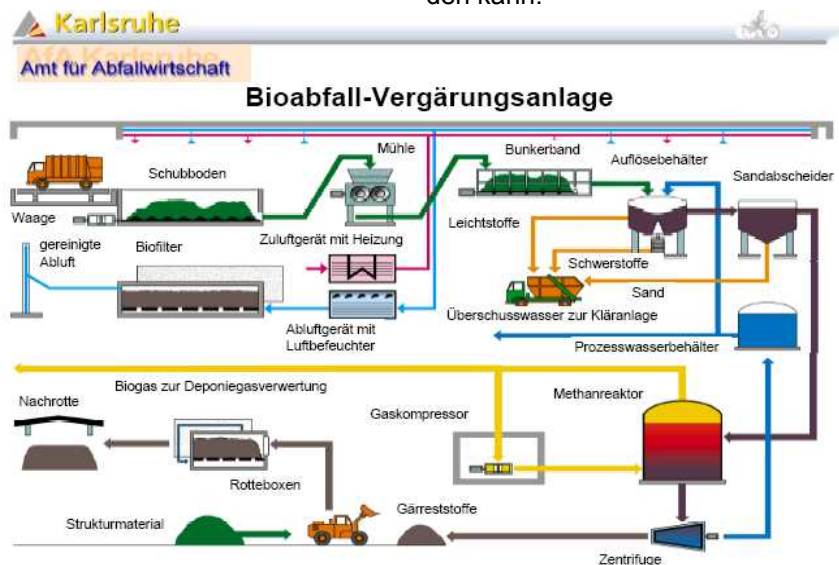
Unsere Fraktion hat im Juli die **Biomüllvergärungsanlage im Anlagenverbund bei der Mülldeponie Ost** besucht. Durch die von uns mitgetragene Einführung der Biomülltonne für alle Haushalte ist das anfallende Müllaufkommen stark gestiegen. Um diesen Müll vor Ort verarbeiten zu können, muss die bestehende Anlage umgebaut und zum Teil verändert werden. Dies wurde bereits im Mai im Gemeinderat entschieden.

Wir haben vor Ort von den Verantwortlichen der Anlage erfahren, dass sie hierfür bereits umfassende Pläne erarbeitet haben; die finanziell in einem überschaubarem Rahmen bleiben. Zur Zeit ist die Verantwortlichkeit für die gesamte Anlage zwischen dem Amt für Abfallwirtschaft und den Stadtwerken jedoch nicht klar, daher

können diese geplanten Verbesserungen nicht umgesetzt werden.

Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass die engagierte Arbeit der Mitarbeiter in der Anlage für eine

Umsetzung des von uns gewollten Müllkonzeptes mit einer energetischen Verwertung des anfallenden Biomülls so schnell wie möglich und so weit wie möglich umgesetzt werden kann.



## Was wurde aus unseren Anträgen und Anfragen im Gemeinderat?

### Karlsruher Radwege

Im Mai hatten wir beantragt, am *Mühlburger Tor* die Führung der Radwege dauerhaft so einzurichten, wie dies im Verkehrsversuch bereits geschehen war.

Die Vorlage der Verwaltung befürwortete eine zusätzliche Radspur (auf der Kaiserallee in West-Ost-Richtung), die weiteren Maßnahmen in der Reinhold-Frank-Straße wurden

abgelehnt. Nach erregter Diskussion im Gemeinderat beantragte die CDU eine Abstimmung – in der Hoffnung, auch diese (wichtige) Radspur noch kippen zu können. Der Gemeinderat folgte jedoch mit knapper Mehrheit diesem Punkt unseres Antrages.

Unserem Anliegen, das Mühlburger Tor in alle Himmelsrichtungen für den Radverkehr auszubauen, folgte die Mehrheit indes nicht. Aus verschiedenen Beweggründen: Für die

SPD und die KAL verhindert der in 5 bis 10 Jahren erfolgende Umbau der Kreuzung durch die Kombi-Lösung wie schon seit Jahren auch weiterhin jede sinnvolle Investition; für die CDU sind RadfahrerInnen an den bestehenden Gefährdungen generell erst mal selbst schuld („Radrowdies“) und zum anderen kann keinesfalls auf eine Kfz-Fahrspur verzichtet werden – aus ideologischen Gründen...

### IBA-Konzept für 2015

Zusammen mit CDU, FDP und KAL hatte Anne Segor einen Antrag initiiert, nach dem ein breites Expertinnengremium zur Erarbeitung eines Konzeptes für eine *Internationale Bau-Ausstellung im Jahr 2015* in Karlsruhe eingerichtet werden soll. Aus der Antwort der Verwaltung haben wir erfahren, dass es bereits eine Arbeitsgruppe dazu gibt, die bis Ende 2008 ein IBA-Konzept erarbeiten will, dass im kommenden Jahr in den zuständigen Ausschüssen und mit der Öffentlichkeit diskutiert werden soll.

### Zukunft der Uhlandschule

In der Diskussion um die angekündigte Schließung der *Uhlandschule* hat Anne Segor noch einmal unseren Standpunkt vertreten, dass das dreizügige Schulsystem und darin insbesondere die Hauptschule den heutigen Anforderungen an Bildung und Erziehung nicht mehr gerecht wird. Grundsätzlich setzt sich die Fraktion seit Jahren für eine 10 jährige Gemeinschaftsschule ein, an der alle Kinder intensiv und individuell gefördert werden.

Siehe dazu auch unsere [Pressemitteilung vom 6. Juni 2008](#): Statt gegen Windmühlenflügel zu kämpfen und die Uhlandschule in alter Form erhalten zu wollen, sollte am gleichen Standort eine zukunftsfähige Strategie gefahren werden. Das könnte so aussehen, dass dort ein Schulmodell erprobt wird, an dem Realschule und Hauptschule – zunächst in Klasse 5 und 6 – zusammen unterrichtet werden. Da das Kultusministerium diese Möglichkeit ausdrücklich zulässt, sehen wir in einer Zusammenlegung von Realschule und Hauptschule einen Zwischenschritt zu unserem Ziel "10jährige Gemeinschaftsschule". Ergänzende Angebote, wie Jugendtreff, Hort, Kindertagesstätte, Volkshochschulkurse könnten die „Neue Uhlandschule“ zu einem Bildungszentrum und damit auch zu einem Ort der Identifikation für die Bewohnerinnen und Bewohner der Südstadt entwickeln.

### Feinstaub und Stickstoffoxyde

In einem Antrag zum neuen Haushaltsplan hatten wir gefordert, dass

*in den Haushaltsplan Kennzahlen aufgenommen werden, die die Belastung der Karlsruher BürgerInnen mit Feinstaub und Stickstoffoxyden beschreiben. Die Verwaltung hat unseren Antrag mit der Begründung abgelehnt, dass sie selbst auf die Entstehung dieser Luftschadstoffe keinen Einfluss habe und diese daher nicht über den Haushalt steuern könne.*

Nichts desto trotz ist die Stadt dazu verpflichtet, ihre BürgerInnen und Bürger vor gesundheitlichen Belastungen zu schützen, wie dies erst kürzlich die EU mit ihrem Feinstaub-Urteil erneut bestätigt hat.

Am 30. Juli 2008 haben wir daher mit einer Pressemitteilung dazu Stellung genommen: [Auch Karlsruher BürgerInnen könnten klagen.](#)

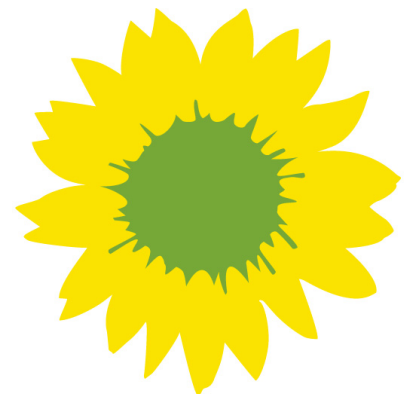
Wir begrüßen das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Kommunen ihr Recht auf reine Luft einklagen können. „Offenbar kommt nur Bewegung in die Sache, wenn die Kommunen mit einer Klageflut rechnen müssen“, so Fraktionssprecherin Bettina Lisbach. Auch Karlsruhe könnte bald verklagt werden. „Schon heute gibt es vereinzelt Grenzwertüberschreitungen beim Feinstaub. Sicher ist aber, dass wir die ab 2010 gültigen Grenzwerte für Stickoxide an vielen Stellen der Innenstadt nicht werden einhalten können, wenn nicht ganz dringend Luftreinhaltemaßnahmen ergriffen werden.“ Zwar liegt für Karlsruhe bereits ein Luftreinhalteaktionsplan vor, aber die Wirkungsanalyse durch die zuständige Landesanstalt für Umweltschutz hat ergeben, dass die geplanten Maßnahmen bei Weitem nicht ausreichen, um eine Unterschreitung der Grenzwerte zu gewährleisten. „Und wenn ab 2011 dann noch die Emissionen des geplanten Kohlekraftwerks und der Verbrennungsanlage von Stora Enso hinzukommen, sieht es für die Karlsruher Luft noch düsterer aus. Dann werden Maßnahmen zur Luftreinhaltung, wie beispielsweise Fahrverbote oder das Verbot von Holzofenheizungen vor allem Privatmenschen treffen, während industrielle Großemittenten noch jede Menge zusätzlichen Dreck in die Luft blasen.“

Neben dem Verzicht auf zusätzliche Großemittenten im Rheinhafen wollen wir als Maßnahmen zur Luftreinhaltung unter anderem, den konsequenten Umstieg von PKW auf umweltfreundliche Verkehrsmittel fördern. Dazu gehört unter anderem eine Stärkung der für die Verkehrsberatung zuständigen Mobilitätszentrale am Marktplatz, Maßnahmen zur vermehrten Abwicklung des Pendlerverkehrs über die Schiene, ein umweltfreundliches Güterverkehrskonzept sowie der beschleunigte Ausbau der Karlsruher Radrouten. Auch sollten an Tagen mit hohen Luftbelastungen besonders günstige ÖPNV-Tarife angeboten werden.

### Freibadbücherei

Zu unserem Antrag zur [Leseförderung im Freibad](#) haben wir als Antwort erhalten, dass auch in diesem Sommer in Rappenwörth eine „Freibadbücherei“ durchgeführt wird. Eine zweite solche Bibliothek, etwa für das Bad in Rüppurr, kann jedoch nicht aus dem Bestand eingerichtet werden; um sie auszustatten müssten neue Medien angeschafft werden. Die Stadtverwaltung will versuchen, hierfür Sponsoren zu gewinnen.

Alle unsere Anträge (plus Stellungnahmen der Stadtverwaltung, soweit sie vorliegen), Anfragen und Pressemitteilungen sind im Wortlaut unter <http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion> zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefragt werden.



## Aus der Landtagsfraktion

# Grüne Radtour – Mit „Bioenergie durch die Region“

Von 31.07-02.08. fand die grüne Radtour- „mit Bioenergie durch die Region“ statt. Gisela Splett radelte bei hochsommerlichen Temperaturen mit wechselnder Begleitung durch die Stadt- und Landkreise der Region Mittlerer Oberrhein.

Thematische Schwerpunkte waren Umwelt- und Energiepolitik. Bei manchen der angefahrenen Stationen wie dem Standort des geplanten Edeka-Fleischwerks, der Baustelle des neuen Kohlekraftwerks am Rheinhafen, geplanten Gewerbegebietsausweisungen bei Bühl und einem Straßenbauprojekt bei Stutensee standen die Probleme im Vordergrund. Andere Stationen stellten Positivbeispiele dar, so z.B. das geplante Bürgerwasserkraftwerk in Gernsbach, das Biomassekraftwerk in Malsch ([www.biomassekraftwerk-malsch.de](http://www.biomassekraftwerk-malsch.de)) und das energetisch sa-



Start am 1. Tag vor dem Karlsruher Schloss

nierte Schulzentrum in Eggenstein (ein Film über das Projekt ist zu finden unter:

[www.pk-i.de/index.html?projekte/pki\\_projekte.php?Projekt=P14\\_eggenstein\\_nahwaerme\\_film1.php](http://www.pk-i.de/index.html?projekte/pki_projekte.php?Projekt=P14_eggenstein_nahwaerme_film1.php)).

Dank der organisatorischer Unterstützung durch die beteiligten Kreisverbände klappte alles bestens. Der Dank für drei schöne und informative Tage geht an alle Mitradelnden und anderweitig Beteiligten!

## Karlsruher Abgabe von Heroinersatz an Schwerstabhängige muss Bestand haben

Nachdem Sozialdezernent Denecken per Brief der Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe mitgeteilt hat, die äußerst erfolgreiche Abgabe von Heroinersatz an Schwerstabhängige wegen mangelnder Bundeszuschüsse nicht weiterzuführen, wurde eine breite Unterstützungswelle für das Projekt losgetreten. Auch Renate und Gisela treten vehement für die Fortführung des Projektes ein. Notfalls müsse die

Landesregierung die Finanzlücke füllen. Langfristig wird aber die Planungssicherheit erst gegeben sein, wenn auf Bundesebene eine Reform des Betäubungsmittelgesetztes die Abgabe an Schwerstabhängige unter ärztlicher Begleitung dauerhaft legalisiert. Ein Einstellen der Abgabe wäre nach Expertenmeinung für die Betroffenen ein schwerer Schlag und für die Allgemeinheit kostenintensiver als die Fortführung.

Antrag „Weiterführung der diamorphingestützten Therapie für Schwerstabhängige“

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14\\_3105.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14_3105.html)

29.07.08: GRÜNE zum Aus für das Heroinmodellprojekt: AWO-Ambulanz ist als Überlebens- und Ausstiegshilfe unverzichtbar

[www.gisela-splett.de/Presse-Hero-in3.htm](http://www.gisela-splett.de/Presse-Hero-in3.htm)

30.07.08: Grüne beantragen Landesfinanzierung des Karlsruher Heroinmodells

[www.bawue.gruene-fraktion.de/-cms/default/dok/245/245062.gruene\\_beantragen\\_landesfinanzierung\\_-des.html](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/-cms/default/dok/245/245062.gruene_beantragen_landesfinanzierung_-des.html)



Gisela Splett



Renate Rastätter

## Westflügel an das Naturkundemuseum und Erweiterungsbau für Badische Landesbibliothek

Der Westflügel des Naturkundemuseums beherbergt derzeit Archiv- und Buchbestände des Generallandesarchivs und der Badischen Landesbibliothek. Hierdurch ist die Weiterentwicklung des Museums stark eingeschränkt. Der Westflügel wird vom Naturkundemuseum als zusätzliche Ausstellungsfläche benötigt, um z.B. auch Landesausstellungen zeigen zu können. Gisela und Renate haben sich dieser Problematik schon mehrfach angenommen. In einer

Antwort auf einen gemeinsamen Abgeordnetenbrief von Gisela und Renate mit Johannes Stober (SPD) macht die Regierung nun deutlich, dass sich der Zeitplan nach hinten verschoben hat und nun vor 2014 nicht mit einem Umbau des Westflügels begonnen werden könne. Gisela und Renate wollen sich mit dieser Auskunft nicht zufrieden geben und fordern eine schnellere Lösung.

In diesem Zusammenhang steht auch ihr gemeinsam mit Johannes Stober (SPD) eingebrachter Antrag zu Erweiterungsmaßnahmen für die Badische Landesbibliothek (BLB). Selbst unter Nutzung des Naturkundemuseum-Westflügels wird die BLB ihre Lagerkapazitäten bald erreicht ha-

ben. Ein Neubau ist also dringend notwendig. Die Karlsruher Abgeordneten wollen eine Benachteiligung der Badischen Landesbibliothek gegenüber ihrem Württembergischen Pendant nicht hinnehmen.

Abgeordnetenbrief und Antwort des Ministers zum Naturkundemuseum

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/AB\\_MNK\\_AW.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/AB_MNK_AW.pdf)

Antrag „Notwendige Erweiterungsmaßnahmen an der Badischen und der Württembergischen Landesbibliothek“

[www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14\\_3121](http://www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_3121)

30.07.08: SPD und GRÜNE Abgeordnete machen Druck für Erweiterung des Naturkundemuseums

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruenekarlsruhe/mdl/SPD\\_GRUE\\_Naturkundem.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruenekarlsruhe/mdl/SPD_GRUE_Naturkundem.pdf)

05.08.08 Grüne und SPD machen sich für eine zügige Erweiterung der Badischen Landesbibliothek stark

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM\\_Erweiterung\\_BLB\\_06.08.08.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Erweiterung_BLB_06.08.08.pdf)



Museum für Naturkunde

## Gisela Splett setzt sich für Zusammenarbeit mit Burundi ein

1986 hat der baden-württembergische Landtag beschlossen, Burundi mit Entwicklungshilfemaßnahmen zu unterstützen. Gut 20 Jahre später, im Dezember 2007, hat sich der Landtag dafür ausgesprochen, diese entwicklungspolitische Zusammenarbeit weiter auszubauen. Nachdem eine offizielle Delegationsreise bisher leider nicht zustande kam, hat Gisela sich deshalb in ihrer Funktion als entwicklungspolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion auf den Weg nach Burundi gemacht. Vom 22. bis 26. Juli hat sie in Burundi verschiedene Projekte besichtigt und zahlreiche Gespräche geführt.

Wer für Kinderhilfsprojekte in Burundi spenden will, kann [burundikids](http://burundikids.de) unterstützen, die mehrere der von Gisela besuchten Projekte finanzieren.

Reisebericht:

[www.gisela-splett.de/graphics/Reisebericht.pdf](http://www.gisela-splett.de/graphics/Reisebericht.pdf)



Landtagswappen beim Handwerkprojekt in Kayanza, Burundi

## Wildparkstadion ist für universitäre Nutzung nicht geeignet

Bereits zu Beginn der Debatte um eine mögliche Folgenutzung des Wildparkstadions durch die Universität bezeichneten Gisela Splett und Renate Rastätter den Vorschlag des CDU-Politikers Wellenreuther als „misslungenen Versuch eines Befreiungsschlags“ für seinen Vorstoß, eine Mehrheit für die Verlagerung des Wildparkstadions zu gewinnen. Nach Auffassung der beiden Abgeordneten gibt es für das Land keinen Grund, das Stadion zu kaufen. Um Klarheit über die Position der Landesregierung zu erlangen wandten sich Renate und Gisela mit einem Abgeordnetenbriefschreiben an Wissenschaftsminister Frankenberg. Die Antwort bestätigt die Einschätzung der GRÜNEN Abgeordneten: 1. Die Universität benötigt das Wildparkstadion nicht, um ihren Flächenbedarf

zu decken. 2. Das Wildparkstadion ist für eine universitäre Nutzung nicht geeignet.

11.08.08: Wildparkstadion für universitäre Nutzung nicht geeignet

[www.gisela-splett.de/Presse-Wild-park3.htm](http://www.gisela-splett.de/Presse-Wild-park3.htm)

29.07.08: Splett reagiert mit Unverständnis auf Hipplers Äußerungen zum Stadion

[www.gisela-splett.de/Presse-Wild-park2.htm](http://www.gisela-splett.de/Presse-Wild-park2.htm)

10.07.08: „Für den Erweiterungsbedarf der Universität ist der Wildpark einschließlich des Stadions nicht notwendig“

[www.gisela-splett.de/Presse-Wild-park.htm](http://www.gisela-splett.de/Presse-Wild-park.htm)



Karlsruher Wildparkstadion. (Foto: Wikimedia commons)

## EDEKA-Fleischwerk und EnBW-Kohlekraftwerk



Demonstration gegen das Fleischwerk am 12. Juni in Rheinstetten

Gisela und Renate haben sich klar gegen die Planungen für das Edeka-Fleischwerk auf landeseigenen Flächen in Rheinstetten positioniert und zu diesem Thema in den vergangenen Wochen an verschiedenen Terminen teilgenommen, u.a. an der Demo am 12. Juni in Rheinstetten, am Info-Abend in Oberreut am 22. Juli und am Gespräch von Minister Hauk mit Vertretern der BI am 30. Juli.

Pressemitteilung 28.07.08

Renate Rastätter zum geplanten Edeka-Fleischwerk: „Kritik des Landrats Schnaudigel an OB Fenrich und der Stadt Karlsruhe ist inakzeptabel“

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Edeka-Fleischwerk\\_28\\_8\\_08.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Edeka-Fleischwerk_28_8_08.pdf)

Und auch in Sachen Kohlekraftwerk war die Landespolitik gefragt: Gisela nahm am 17. Juli an dem Vorort-Termin des Petitionsausschusses in Karlsruhe teil. Sie machte deutlich, dass sie die Sorgen und Bedenken der PetentInnen teilt. In ihrer Kritik am Genehmigungsverfahren ging sie insbesondere auf die Unvollständigkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung ein, die sich nur auf den geplanten neuen Block, nicht aber auf die Umweltauswirkungen der Gesamtanlage bezog, sowie auf die „Irrelevanz“-Kriterien des Bundesimmissionsschutzgesetzes, die trotz hoher Vorbelastung zur Genehmigungsfähigkeit der Anlage führten.



Auch auf der Fahrradtour wurde die Fleischwerkplanung diskutiert. (Foto: Gisela Splett)

## Weitere Initiativen

- 11.08.08  
Anfrage „Auswirkungen von Waldkalkungen auf Flora und Fauna“  
[www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14\\_3134](http://www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_3134)
- 06.08.08  
Antrag zu Uran im Trinkwasser  
[www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14\\_3125](http://www.landtag-bw.de/dokumente/initiativen/initiativen.asp?Drs=14_3125)
- 24.07.08  
Antrag „Schulen besonderer Art“ in Freiburg, Heidelberg und Mannheim – keine äußere Fachleistungsdifferenzierung in den drei Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache in der Orientierungsstufe  
[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14\\_3080.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14_3080.html)
- 21.07.08  
Antrag zu Nord-Süd-Schulpartnerschaften  
[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14\\_3053.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14_3053.html)
- 15.07.08  
Antrag „Tierschutzpreis für Schülerinnen und Schüler“  
[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14\\_3015.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14_3015.html)
- 10.07.08  
Antrag zur Finanzierung der von Ministerpräsident Oettinger angekündigten Infrastrukturausbauten am Flughafen Söllingen  
[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14\\_2988.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14_2988.html)
- 01.07.08  
Antrag „Botanische Gärten des Landes fördern und energetisch sanieren“  
[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14\\_2929.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/Txt/14_2929.html)
- 30.06.08  
Antrag zu Entsorgungspraktiken von Handelsketten  
[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/2000/14\\_2928\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/2000/14_2928_D.PDF)

## Weitere Pressemitteilungen

- 07.08.08  
[LehrerInnenwerbung mit Zeitungsannoncen: Renate Rastätter fordert Reform der Lehrerausbildung](#)
- 05.08.08  
[MdL Renate Rastätter kritisiert die Streichung des Studiengangs Neuere- Neueste- und Technikgeschichte an der Universität Karlsruhe](#)
- 05.08.08  
[Renate Rastätter: Auch die Werkrealschule hat keine Überlebenschance](#)
- 31.07.08  
[Bahn und Energieversorger haben Nachholbedarf: Vögel immer noch vom Stromtod bedroht](#)
- 28.07.08  
[Trotz Bildungsoffensive muss die Grundschule Hagsfeld im kommenden Schuljahr aus 3 Schulklassen 2 Klassen mit je 30 Schülern bilden](#)
- 22.07.08  
[Renate Rastätter: Eine Entschuldigung von Stefan Mappus wäre das Mindeste](#)
- 21.07.08  
[Die Zwangszuweisung für die Hauptschulen hat keine Mehrheit mehr im Landtag](#)
- 18.07.08  
[Abschied vom Abfall: Kleine Fortschritte -Gisela Splett: Umweltminis-](#)
- [terin Gönner von selbst gesteckten Zielen noch weit entfernt](#)
- 18.07.08  
[Förderantrag für „Alternativen Bärenpark Nordschwarzwald“ erneut abgelehnt - Regierungsfractionen verkennen die große Chance für einen umweltverträglichen Tourismus](#)
- 15.07.08  
[Bildungsdefensive statt Bildungsoffensive](#)
- 14.07.08  
[Grüne: Oettingers Flächen-Nullverbrauch wird zur Lachnummer](#)
- 14.07.08  
[Schulentwicklung und „Bildungsoffensive“: Schulentwicklung muss Teil der kommunalen Aufgaben werden](#)
- 04.07.08  
[Nach Pannenserie bei Vergleichsarbeiten: Grüne fordern Abschaffung der Benotung](#)
- 02.07.08  
[„Umweltministerin übernimmt grüne Forderung nach Vorsorgeprinzip bei Pestiziden“](#)
- 01.07.08  
[Wieder Streit um Pestizide: Erhöhung der Grenzwerte bis zum 730fachen geplant](#)
- 30.06.08  
[Schulpolitisches Chaos in der Landesregierung - Renate Rastätter \(Grüne\): Einsparungen führen zu Verödung ganzer Landstriche](#)
- 27.06.08  
[Grüne: Hauk schmückt sich mit fremden Federn - Naturschutz erfolgt erst auf massiven Druck aus Brüssel gegen den Widerstand der CDU und FDP](#)
- 26.06.08  
[Land soll künftig nur Produkte beziehen, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden](#)
- 25.06.08  
[Splett und Rastätter gegen Ausweitung des Flugverkehrs am Flughafen Baden-Baden/Karlsruhe](#)
- 24.06.08  
[Renate Rastätter: Viel zu wenig Mittel und Personal für ein sinnvolles Ganztagesangebot](#)
- 20.06.08  
[Bei Lärmaktionsplanung spielt Mitwirkung der Öffentlichkeit eine Schlüsselrolle](#)
- 15.06.08  
[Kleiner Schritt gegen ungehemmten Flächenverbrauch](#)
- 13.06.08  
[Hauptschulstudie wird und kann die Hauptschule nicht retten](#)



## MdB Sylvia Kotting-Uhl

**Wahlkreisbüro Karlsruhe**, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe  
Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690  
E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de)

**Büro Berlin**, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42  
E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@bundestag.de)

Liebe Karlsruher FreundInnen,  
die Berliner Sitzungszeit habe ich – gemeinsam mit Fritz Kuhn – mit der Pressekonferenz zum Umweltgesetzbuch abgeschlossen. Damit war auch ein langer Arbeitsprozess, der zu meinen 10 Eckpunkten für ein grünes UGB führte, abgeschlossen. ([www.kotting-uhl.de/themen/umweltgesetzb/index.html](http://www.kotting-uhl.de/themen/umweltgesetzb/index.html)) Gleichzeitig fand auch die grüne Kritik unter meiner Federführung am Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ihren Abschluss

([www.kotting-uhl.de/themen/nachhaltigkeit/0806\\_Stellungnahme\\_Fortschrittsbericht\\_2008.pdf](http://www.kotting-uhl.de/themen/nachhaltigkeit/0806_Stellungnahme_Fortschrittsbericht_2008.pdf)). In der sitzungsfreien Zeit vor den baden-württembergischen Sommerferien hatte ich Termine überall im Ländle. Besonders einprägsam waren zwei Tage rund um den Bodensee: spannende Veranstaltungen, Besuche der praktizierten Energiewende – hoch effiziente Solar-Module, ein geplantes Schilfheizkraftwerk, das Naturschutz und Wärmeversorgung verbindet. Viele vor Ort engagierte Grüne habe ich dabei kennen gelernt.

Dann habe ich die Zeit genutzt, endlich eine Wohnung in Karlsruhe zu finden und zu beziehen – jetzt bin ich wieder richtige Karlsruherin. Ich freue mich darauf, in Zukunft unkomplizierter mit euch gemeinsam arbeiten zu können.

Dies ist der erste Rundbrief-Text den ich in der Akademie-Straße schreibe :-)

Mit herzlich-grünen Grüßen

Eure Sylvia

05.08.2008

## Regierung verschläft Gefährdung durch Uran im Trinkwasser

Anlässlich der hohen Urankonzentrationen im deutschen Trinkwasser erklärte ich gemeinsam mit Nicole Maisch, der Verbraucherschutzpolitischen Sprecherin der Grünen im Bundestag:

Die teils stark erhöhten Werte von Uran im deutschen Trinkwasser und der Umgang von Behörden mit dieser Gesundheitsgefährdung sind besorgniserregend. Während Baden-Württemberg der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch über 3000 Messwerte nennt, ignoriert das Land Hessen die Informationsrechte der Öffentlichkeit. In den Landkreisen Alb-Donau, Waiblingen und

Schwäbisch-Hall übertreffen die Messwerte sogar den Eingreif- oder Maßnahmewert von 20 Mikrogramm Uran pro Liter Trinkwasser, bei dem das Umweltbundesamt den zuständigen Landesbehörden dringend rät, Maßnahmen zur Reduzierung des Urans zu ergreifen.

Neben der toxischen Gesundheitsgefährdung durch die Ablagerung des Schwermetalls im Körper ist auch die Frage nach der radioaktiven Belastung, insbesondere wenn andere Strahlenbelastungen hinzukommen. Die Notwendigkeit einer verstärkten Forschung zu den Auswirkungen von dauerhaft niedrigen ato-

maren Strahlendosen auf die Gesundheit wird erneut deutlich.

Die Ministerin Schmidt sowie die Minister Seehofer und Gabriel müssen handeln und einen Grenzwert festlegen, der die Empfehlungen der Umweltexperten und den Vorsorgeaspekt berücksichtigt. Die Bevölkerung muss umfassend informiert werden, in welchen Gegenden mit besonders belastetem Trinkwasser zu rechnen ist. Umgehend müssen Finanzmittel bereitgestellt werden, um den Landkreisen die Anschaffung von Technologien zu ermöglichen, die das gefährliche Schwermetall aus dem Trinkwasser herauslösen.

30.06.2008

## Einwendung zum Zwischenlager Obrigheim

Anlässlich des Genehmigungsverfahrens zum Bau eines atomaren Zwischenlagers in Obrigheim reichte ich eine Einwendung ein, die unter diesem Link abgerufen werden kann:

[www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/080630\\_zwila\\_obrigheim\\_einwendung.html](http://www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/080630_zwila_obrigheim_einwendung.html)

Mit meinen Einwendungen zu Obrigheim wollte ich dazu beitragen, dass

dort nicht eine für den Betreiber günstige, sondern die sicherheitstechnisch bestmögliche Variante eines atomaren Zwischenlagers errichtet wird. Ich habe in meiner Einwen-

derung besonders bedrohliche Mängel der geplanten Atomanlage aufgegriffen und plädierte für ein höheres Maß an Sicherheit. Dies betrifft insbesondere Vorkehrungen gegen denkbare Unfälle oder mögliche Langzeitlegerungs-Probleme in dem auf 40 Jahre beantragten Zwischenlager sowie

den nötigen Schutz der Anlage vor terroristischen Angriffen. Die Sicherheitskonzepte müssen eine wesentlich höhere Stufe erreichen als im Antrag vorgestellt.

Das Aktionsbündnis Atommüll-Lager Obrigheim hat auf seiner Homepage

weitere Informationen zusammengestellt [www.atommuell-obrigheim.de](http://www.atommuell-obrigheim.de), die komplette Pressemitteilung zur Einwendung:

[www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/080630\\_zwila\\_obrigheim.html](http://www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/080630_zwila_obrigheim.html)

24.06.2008

## Beim Atomlager Asse II muss Regierung Maßnahmen für Sicherheit der Bevölkerung ergreifen

*Anlässlich des Krisengesprächs zwischen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, Bundesforschungsministerin Annette Schavan und dem niedersächsischen Umweltminister Sander über illegal entsorgte radioaktive Lauge im so genannten Forschungsendlager Asse II erkläre ich als umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen:*

Auf Antrag der grünen Bundestagsfraktion wird Bundesumweltminister Sigmar Gabriel am morgigen Mittwoch zunächst dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und am Nachmittag in der Fragstunde dem gesamten Bundestag über die illegale Entsorgung radioaktiver Lauge im Atomlager Asse II Stellung beziehen. Für den Donnerstag haben wir zu diesem brisan-

ten Thema eine Aktuelle Stunde im Plenum des Bundestages durchgeführt.

Der Minister wird dabei erklären müssen, wie er gedenkt, die skandalösen Vorgänge in dem so genannten Forschungsendlager in geordnete Bahnen zu lenken. Insbesondere werden wir Erklärungen dazu fordern, wie der Minister der Gefährdung der Bevölkerung begegnen will, die mit den illegalen Machenschaften einhergeht. Er wird auch dazu Stellung nehmen müssen, ob er nun endlich unserer seit langem erhobenen Forderung nachkommt, Asse II den strengen Auflagen des Atomrechts zu unterwerfen. Schon mehrfach haben wir den Bundesumweltminister aufgefordert, die atomrechtliche Zuständigkeit für Asse II an sich zu ziehen, da die nach bergrechtlichen Reglements agierenden Betei-

ligten mit der Gefahrensituation in dem vom Absaufen bedrohten Stollen offenbar heillos überfordert sind.

Als zuständige Forschungsministerin hat Frau Schavan offensichtlich versagt. Nun taucht sie ab und nimmt keine Stellung. Es stellt sich die Frage, ob Schavans Untätigkeit Zeichen ihrer unkritische Haltung gegenüber der Nutzung der Atomenergie ist, und sie damit das gegenüber einem Strahlenrisiko verharmlosende Verhalten der Betreiber begünstigt hat.

Vollständige Presseerklärung unter: [www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/080624\\_asse2.html](http://www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/080624_asse2.html)

Siehe auch PM vom 25.06.2008 „Schluss mit der Vorzugsbehandlung für Atommülllager Asse“ [www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/080625\\_vorzugsbehandlung\\_asse2.html](http://www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/080625_vorzugsbehandlung_asse2.html)

23.06.2008

## CDU-Umweltleitlinien: „Weiter so“ nennt sich jetzt: „Die Schöpfung bewahren“

*Zu den vom CDU-Vorstand im Juni beschlossenen Umweltleitlinien erkläre ich:*

Das heute von der CDU beschlossene Umweltpapier ist kein ökologischer Gewinn. Es versammelt – eingerahmt von neuer Nachhaltigkeits-Lyrik – vor allem die alten Positionen der Christdemokraten.

Es bleibt schleierhaft, was daran „Bewahrung der Schöpfung“ sein soll, dass die Partei die Renaissance der Atomkraft beschwört ohne eine Lösung für den Atommüll zu haben. Warb die baden-württembergische CDU vor wenigen Wochen noch für Verlängerung der AKW-Laufzeiten,

weil die dadurch erzielten Extraprofite hälftig in den Ausbau der erneuerbaren Energien gesteckt werden sollten, so fehlt dieser Mumpitz in dem nun beschlossenen Papier. Die AKWs sollen nun einfach so länger laufen dürfen.

Auch neue Kohlekraftwerke will die CDU der Bevölkerung als letzten ökologischen Schrei verkaufen. Bei allem Lob der erneuerbaren Energien kann selbst der CDU-spezifische Anti-Windkraft-Amoklauf der letzten Jahre fortgesetzt werden: Die Entwicklungschancen der Windenergie will die CDU ausdrücklich nur im Offshore-Bereich nutzen. Die Erneuerbare mit dem größten kurzfristigen

Potential wird die Partei im Binnenland weiter blockieren.

Dass Risikotechnologien wie Gen- und Nanotechnik in dem Papier erst gar nicht erwähnt werden, ist ein weiterer Beweis für die Ernsthaftigkeit, mit der die Schöpfung bewahrt werden soll. Hier wird es mit der kritiklosen Förderung wohl weitergehen. Und im Verkehrsbereich findet sich nichts, was die deutsche Autoindustrie nicht auch gut fände. Schon gar kein Tempolimit.

In der Abfallpolitik dokumentiert das neue „Öko“-Papier gar einen Rückfall in alte pyromanische Zeiten. Der Vorrang stofflicher Verwertung vor

energetischer Verwertung sei „nicht mehr zeitgemäß“, heißt es ausge-rechnet unter der heuchlerischen Überschrift: „Die Kreislaufwirtschaft intensivieren“.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günter Oettinger, profiliert als Atom-, Kohle- und Autoideologe seiner Partei, nimmt das Papier als Beweis, dass die Christdemokraten als einzige Partei die „Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie

ohne Ideologie“ hinbekommen. Spätestens nun weiß man: Der CDU geht es um neue Verpackung, nicht um neue Inhalte. AKWs, Kohlekraftwerke und Müllverbrennungsanlagen sollen weiterboomen, aber nun grün angestrichen. Die Partei präsentiert kein Umweltschutzprogramm sondern ein Medienereignis. Zum Bewahren der Schöpfung fehlt der CDU der Mut, sich wenigstens manchmal mit ihren Spendern aus Energie- und Autoindustrie anzulegen.

Natürlich sollen mit dem Programm auch Wechselwähler angesprochen werden, die mit der CDU hadern, weil sie den drängenden ökologischen Herausforderungen nicht gerecht wird. Diese Menschen sollen denken, die CDU könnte auch mit den Grünen. Wir können aber versichern: Für so ein Umweltprogramm gehen wir nicht mal mit hoch aufs Zimmer, um die Schallplattensammlung anzusehen.

**18.06.2008**

## „Bundesregierung wird von Umwelt-Sachverständigenrat abgewatscht“

*Anlässlich des am 18.06. vorgelegten Umweltgutachtens 2008 des SRU erklärte ich:*

Das heute vorgelegte Umweltgutachten des von der Bundesregierung selbst eingerichteten Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) ist eine schallende Ohrfeige für die Kanzlerin und für den Umweltminister. Das Umweltgremium hält der Regierung in vielen Bereichen genau jene Halbheiten im Klimaschutz und in der Umweltpolitik vor, die wir Grünen und die Umweltverbände immer

wieder thematisiert haben. Bleibt zu hoffen, dass die Regierung jetzt wenigstens ihren eigenen Umweltautoritäten ein offeneres Ohr leiht.

Die Sachverständigen erklären ungewohnt deutlich: Die Schwarz-rote Regierung wird ihr Klimaschutzziel verfehlen, wenn sie nicht endlich ihr Lobbygehabe für die umweltschädlichsten und innovationsfeindlichsten Kräfte der Energie- und der Automobilindustrie beendet. Ausdrücklich gerügt wird ihre Intervention bei der Verwässerung des europäischen

Emissionshandels zugunsten der fossilen Kraftwerksbetreiber und die Verzögerung und Abschwächung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei Autos. Die öffentliche Kritik am Neubau von Kohlekraftwerken hält der SRU für verständlich, er fordert ausdrücklich, die Privilegierung der Kohleverstromung im Emissionshandel rechtzeitig und eindeutig aufzuheben.

Vollständige Presseerklärung unter:

[www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/-080618\\_umweltsachverstaendigenrat.html](http://www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/-080618_umweltsachverstaendigenrat.html)

**17.06.2008**

## Räume ohne Mobilfunk-Strahlung ermöglichen

*Anlässlich der Vorstellung der Ergebnisse des Deutschen Mobilfunk-Forschungsprogramms veröffentlichte ich die folgende Pressemitteilung:*

Auch die jetzt vorgelegten Forschungsergebnisse werden die Ängste und Bedenken großer Teile der Bevölkerung gegenüber dem Mobilfunk nicht zerstreuen können. Über ein Viertel der Deutschen bezeichnet sich als besorgt über potenzielle Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit durch die Strahlenquellen der Handy-Technik.

Die Auswirkungen des Mobilfunks mit weiteren Untersuchungen zu erforschen, ist sinnvoll. Klar ist aber: Mit immer neuen Studien, die die Bedenken der Menschen für unberechtigt erklären, kommen wir im gesell-

schaftlichen Streit um den Mobilfunk nicht weiter. Der Hochmut mancher Mobilfunk-Förderer gegenüber den Ängsten großer Teile der Bevölkerung ist nicht angebracht. Es wird nicht möglich sein, die Ungefährlichkeit der nicht-ionisierenden Strahlung letztgültig wissenschaftlich zu belegen und die Menschen so zu beruhigen.

Wir begrüßen es, dass sich der unter Rot-Grün begonnene Weg eines vorsorgeorientierten Umgangs mit Niedrigstrahlung gegen den früheren Wildwuchs beim Mobilfunkausbau durchsetzt. Es ist richtig, einer immer weiteren Steigerung der Strahlenexposition Einhalt zu gebieten und diese zu reduzieren. Es ist auch richtig, der Bevölkerung dabei zu helfen,

ihre persönliche Strahlenexposition zu senken.

Das Vorsorgeprinzip muss aber durch weitere Bausteine ergänzt werden. Auch bei der Mobilfunkversorgung muss die Unverletzlichkeit der Wohnungen gelten. Die indoor-Versorgung muss auf Freiwilligkeit beruhen. Im Interesse des Gesundheitsschutzes müssen Wege gefunden werden, vor der bisherigen Zwangsversorgung mit Handystrahlung wenigstens innerhalb der eigenen vier Wände verschont zu bleiben.

Es gibt zum Thema weitere Presseartikel auf meiner Homepage unter

[www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/-080617\\_raeume-ohne-mobilfunkstrahlung.html](http://www.kotting-uhl.de/presse/pm2008/-080617_raeume-ohne-mobilfunkstrahlung.html)

# GRÜNE KONTAKTE

## BUNDESTAGSABGEORDNETE:

**MdB Sylvia Kotting-Uhl** (siehe Bundestags-Seiten)

## LANDTAGSABGEORDNETE:

### **Renate Rastätter**

Auf den Eiswiesen 9, 76185 KA, Tel. 4709343  
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de  
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**, Tel. 0711/20 63-680, Mo-Mi 9-17 h

### **Dr. Gisela Splett**

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 96 87 18 6  
Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de  
Mitarbeiter: **Alexander Geiger**, Tel. 0711/2063-966, Mo-Mi 9-16 h

## **Landesarbeitsgemeinschaften:**

[www.gruene-bw.de/partei/landesarbeitsgemeinschaften.html](http://www.gruene-bw.de/partei/landesarbeitsgemeinschaften.html)

## **REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:**

**Bettina Lisbach**, Amthausstr. 33, 76227 KA, Tel. 941 84 57

## **Bürgermeister für Umwelt, Klima und Gesundheit:**

**Klaus Stapf**, Amthausstr. 22, 76227 KA, Tel. 40 32 35  
Rathaus, 76124 KA, Tel. 133-1050, dez5@karlsruhe.de

## **BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:**

### **Karin Wolff, Gabi Schiller**

Hebelstr. 13 · 76133 KA, Tel. 2 91 55, Fax 2 9156  
Mo - Fr 9 -14 Uhr, [gruene@fraktion.karlsruhe.de](mailto:gruene@fraktion.karlsruhe.de)

## **GEMEINDERATSMITGLIEDER:**

**Bettina Lisbach** (*Fraktionssprecherin*) (Umwelt, Planung, Finanzen/Verwaltung, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen)  
Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 9 41 84 57

### **Anne Segor** (*stellv. Fraktionssprecherin*)

(Stadtentw., Kultur, Demokratie/Bürgerbeteiligung, Schule)  
Lebrechtstr. 28, 76199 Karlsruhe, Tel. 88 34 20

**Michael Borner** (Soziales, Wohnen, Jugend, MigrantInnen)  
Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 01 76 - 67 50 30 15

**Sabine Just-Höpfinger** (Wirtschaft/Arbeit, Finanzen/Verwaltung, Umweltschutz), Am Sixenrain 7, 76199, Tel. 886044

**Dr. Dorothea Polle-Holl** (Frauen, Jugend, Soziales, Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

**Andreas Ruthardt** (Bauen, Sport, Energie) Friedrichstr. 67, 76229 KA, Tel. 48 20 38

**Ute Schulze-Harzer** (Kultur, Wirtschaft / Arbeit, Frauen)  
Westmarkstr. 59a, 76227 Karlsruhe, Tel. 9 44 02 13

**Tim Wirth** (Bauen, Verkehr, Gesundheit)

Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

## **ORTSCHAFTSRAT DURLACH:**

### **Winnie Kratzmeier-Fürst**

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

**Ralf Köster**, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

**Dietmar Maier** Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

**Dr. Heike Puzicha-Martz**, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98

**Dr. Ulrich Wagner**, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

## **ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:**

**Karl Berger**, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20

**Birgit Hauswirth-Metzger**, Im Jäger 19, 76229, Tel. 55 41 24

**Alexandra Knöbl**, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

## **ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:**

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit Anschriftenberichtigungskarte an:  
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

Deutsche Post   
INFOPOST

## **GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:**

### **Ursula Häffner**

Sophienstr. 58, 76133 KA, Tel. 20 31 23 2, Fax 20 31 23 4  
[buero.karlsruhe@gruene.de](mailto:buero.karlsruhe@gruene.de) [www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de)  
Sprechzeiten Mo + Fr 9 - 12 Uhr und Mi 15 - 18 Uhr

## **BANKVERBINDUNG:**

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67  
GLS Gemeinschaftsbank eG

## **KREISVORSTAND:**

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

**Uta van Hoff**, [gruene@utavanhoffs.de](mailto:gruene@utavanhoffs.de)

**Tanja Kluth**, Reichenbachstr. 12, 76227 Karlsruhe,  
Tel. 0170 - 1 61 84 35

**Istvan Pinter**, Rastatter Str. 16, 76199 KA, Tel. 88 79 34

**Jörg Rupp**, Albert-Schweitzer-Str. 17, 76316 Malsch,  
[joergrupp@joergrupp.de](mailto:joergrupp@joergrupp.de)

**Christian Schmid-Schönbein**, Sophienstr. 165, 76185 KA,  
Tel. 84 08 64 72

**Anke Weidlich (Kassiererin)**, Südendstr. 30, 76137 KA,  
Tel. 1 74 73 30, mobil: 0176- 20 43 34 49

## **Arbeitskreise:**

**AK Frauen:** Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

**AK Klima:** Mitja Weinert, (01 51) 10 77 60 17,  
[Mitja.Weinert@gmx.de](mailto:Mitja.Weinert@gmx.de)

**AK Lesben und Schwule:** Michael Gast, Tel. 9 37 40 43

**AK Verkehr:** Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 85 64 36

## **Grüne Jugend:**

[sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de](mailto:sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de)

**Anna-Kathrin Wesolowski**, 76199, Adalbert-Stifter-Str. 2

**Alexander Salomon**, 76139, Gondelsheimer Str. 1

## **ORTSVEREIN Durlach:**

**Martin Pötzsche**, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

**Tanja Kluth**, Reichenbachstr.12 ,76227 KA, Tel. 49 22 74

**Dr. Hildegund Brandenburg**, Badenerstr. 21, Tel. 42 89 8

**Gerhard Stolz** (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

## **ORTSVEREIN Neureut:**

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

## **ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:**

**Matthias Voigt**, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel. 9890361

**Uschi Blombach**, Seewiesenäckerw. 31, 76199, Tel. 8302281

### **Eva-Elisabeth Herold**

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01